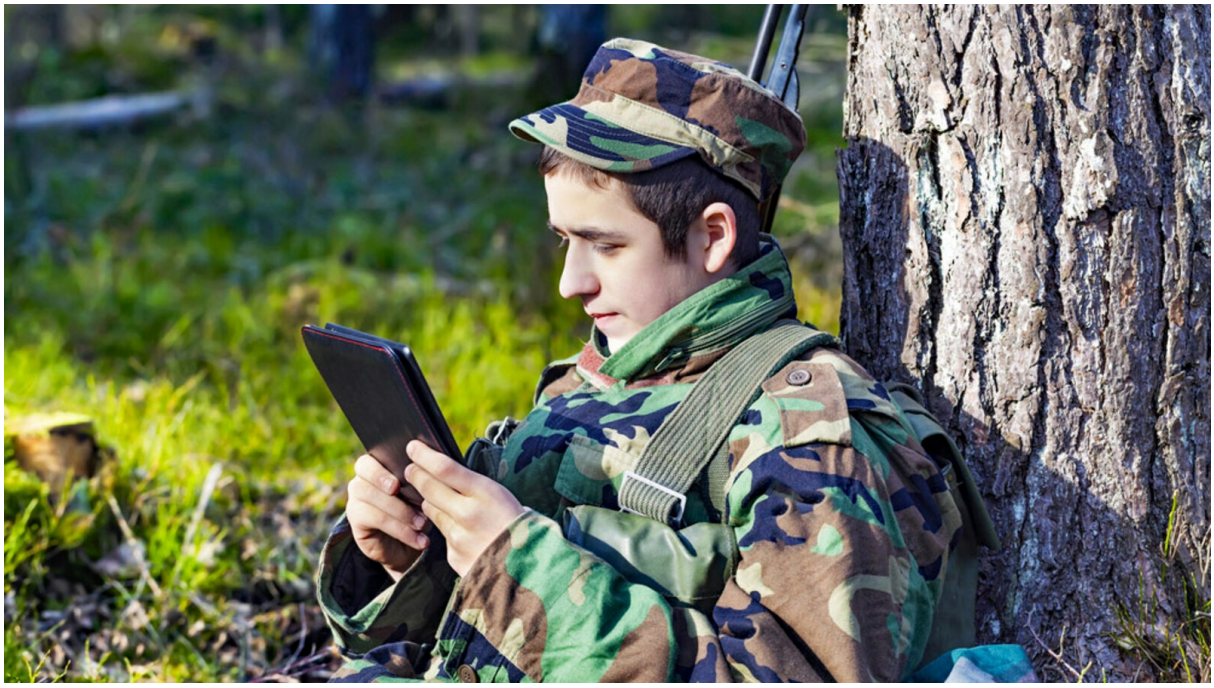

Samstag, 22. März 2025, 15:57 Uhr
~6 Minuten Lesezeit

Deutschlands Kindersoldaten

Jungen Menschen wird immer früher eine positive Einstellung zum Soldatenberuf vermittelt. Manche rücken schon mit 17 Jahren ein.

von Das Gewerkschaftsforum
Foto: Stock video footage/Shutterstock.com

Die wichtigsten Maßnahmen der aktuellen Militarisierung der Gesellschaft sind die massive

Anwerbekampagne der Bundeswehr und die angekündigte, teilweise Reaktivierung der Wehrpflicht. Bei dieser Kampagne geht es nicht nur darum, die „Personalnot“ der Bundeswehr zu beheben, sondern auch darum, die Truppe wieder zur „Schule der Nation“ zu machen. Dort sollen die jungen Menschen wieder „dienen lernen“, und die allgemeine Dienstpflicht wird als Gemeinschaft und „Solidarität in den Schützengräben“ beschworen.

Skandalös ist bei diesem Vorhaben die zunehmende militärische Waffenausbildung minderjähriger junger Menschen, die mit dem Einverständnis ihrer Erziehungsberechtigten rekrutiert und an den Waffen geschult werden. Die Bundeswehr wirbt gezielt an Schulen, im öffentlichen Raum und mit ihrer sogenannten Infopost für den Soldatendienst ab 17 Jahren. Sie verstößt damit gegen die Grundsätze der UN-Kinderrechtskonvention.

> ***Seit dem Aussetzen der Wehrpflicht im Jahr 2011 hat die Bundeswehr fast 20.000 17-jährige Jungen und Mädchen als Soldatinnen und Soldaten rekrutiert.***

In den vergangenen fünf Jahren hat die Bundeswehr insgesamt 7.681 Minderjährige rekrutiert. Im Jahr 2023 hat sie insgesamt 18.800 Menschen eingestellt, davon waren 1.996 unter 18 Jahre alt und 327 minderjährige Mädchen. Das ist ein Anstieg von 13 Prozent gegenüber 2022. 16-jährige junge Menschen werden gemustert, mit ihnen finden Gespräche über langjährige Verträge statt, das heißt, während ihrer Entwicklung zum Erwachsensein werden sie in Militärlogik und Kriegsrhetorik eingeführt.

Da die Bundesregierung die Rekrutierung von Jugendlichen erlaubt, ist sie auch für die Risiken und Schäden verantwortlich. Es handelt sich hierbei um schwere Kinderrechtsverletzungen und gravierende Verstöße gegen die UN-Kinderrechtskonvention. Auch der UN-Kinderrechtsausschuss fordert ein Rekrutierungsalter von über 18 Jahren, um die weltweite Rekrutierung von Kindersoldaten auszuschließen. Der UN-Ausschuss fordert die Bundesregierung schon seit 2008 auf, das Rekrutierungsalter auf 18 Jahre anzuheben. Die Aufforderung wird aber bisher von der Bundesregierung mit dem Verweis auf eine Ausnahmeregelung für staatliche Armeen in einem Zusatzprotokoll der UN-Kinderrechtskonvention ignoriert.

Verantwortlich ist die Bundesregierung auch für die jugendlichen Opfer von sexueller Gewalt, Unfallschäden und verübter Selbsttötung. Es ist nicht akzeptabel, dass Jugendliche in der Bundeswehr schweren Risiken ausgesetzt sind und es noch nicht einmal besondere Schutzmaßnahmen für sie gibt.

Die Bundesregierung scheint den Schutz von Minderjährigen vor Militarisierung inzwischen völlig aufgegeben zu haben.

Jugendliche werden in der Bundeswehr schweren Risiken ausgesetzt, und es fehlen besondere Schutzmaßnahmen

Daten aus dem Verteidigungsministerium für das Jahr 2022 belegen, dass 17-jährige Mädchen und Jungen bei der Bundeswehr großen Risiken ausgesetzt sind und körperliche sowie seelische Schäden erleiden. Mindestens 17 Minderjährige waren Opfer von sexueller Gewalt, mindestens acht kamen bei Unfällen zu Schaden, und ein minderjähriger Soldat tötete sich selbst.
Fast jeder vierte Soldat der Bundeswehr ohne Einsatzerfahrung leidet unter psychischen Erkrankungen.

Während es in Schulen und Bildungseinrichtungen inzwischen strenge Regeln zum Schutz von Kindern und Jugendlichen gibt, werden Jugendliche in der Bundeswehr ohne jeden Schutz mit Erwachsenen zusammen untergebracht. Sie erhalten dasselbe gefährliche militärische Training und haben noch nicht einmal spezielle Ansprechpartner. In einem Drittel der Fälle sexueller Gewalt, die Minderjährige in der Bundeswehr in den letzten drei Jahren erleiden mussten, stehen Vorgesetzte unter Tatverdacht. Dies deutet auf Machtmissbrauch hin, ein systemisches Problem bei der Bundeswehr, und es macht deutlich, dass die Bundeswehr kein Ort für Kinder und Jugendliche ist.

Gezielte Anwerbung und Kriegsvorbereitung

> ***Öffentlichkeitswirksam werden zum Beispiel „Tage der Bundeswehr“ veranstaltet, dort krabbeln dann schon kleine Kinder durch Panzer hindurch. Jugendliche erhalten Postkarten, auf denen steht: „Tu was für dein Land.“***

Bei Abenteuer- und Sportevents, Ausstellungen, Messen, in Jobcentern, Arbeitsagenturen und Berufsinformationszentren wirbt die Bundeswehr offensiv Jugendliche. Es geht um „Fun und Abenteuer“, um das „Wir gemeinsam“. Über Medien wie Facebook, Snapchat oder Instagram wirbt die Bundeswehr mit Videoclips, die als Abenteuerserien aufgebaut sind. Risiken von Kriegseinsätzen werden ausgeblendet. Dabei geht es beim Militär aber konkret darum, mit Waffen auf Menschen zu schießen, also ums Töten, Verwunden und Sterben. Selbst der Zivildienst dient dazu, um auf den Kriegsdienst vorzubereiten, wie die Arbeit in Hospitälern. So dient auch er zur Vorbereitung und Unterstützung von Krieg.

Verantwortlich ist die Bundesregierung

Im Koalitionsvertrag von 2021 hatten die damaligen Regierungsparteien SPD, Grüne und FDP noch vereinbart, dass nur Volljährige an der Waffe ausgebildet werden sollen. Die Bundeswehr argumentiert aber erfolgreich damit, dass ihre minderjährigen Rekruten gegenüber gleichaltrigen Berufseinsteigern im zivilen Bereich benachteiligt wären, wenn sie mit ihrer Ausbildung bis zum 18. Geburtstag warten müssten, und die 17-Jährigen würden ja generell nicht in Einsätze geschickt.

Gleichzeitig werden die Auftritte von Jugendoffizieren der Bundeswehr an Schulen erheblich ausgebaut und Jugendliche bewusst angeworben. Der Einsatz ist schon gewaltig: Nach Angaben des Verteidigungsministeriums waren Mitte Juli diesen Jahres 85 Jugendoffiziersposten besetzt. 2023 hielten sie an Schulen und Hochschulen 3.460 Vorträge und erreichten damit etwa 90.000 Schüler und Studenten.

Auch hier weist das Verteidigungsministerium den Vorwurf der Militarisierung im Zusammenhang mit Jugendoffizieren zurück; diese würden sich auch der Diskussion mit militärkritischen Positionen stellen.

> ***Die Anwerbungsversuche durch Jugendoffiziere in Schulen oder Karriereberater auf Berufsmessen sind immer erfolgreicher. Im Jahr 2023 waren 10,6 Prozent aller Rekruten nicht volljährig.***

Das Ziel der Bundeswehr, mehr Jugendliche für die Ausbildung an der Waffe zu gewinnen und zu begeistern, ist im Zusammenhang mit der Kriegstüchtigmachung unserer Gesellschaft bis 2029 zu sehen. Kriegsminister Boris Pistorius (SPD) sieht darin ein zentrales Mittel, um die Truppenstärke anzuheben. Es sollen 400.000 Schüler einen Fragebogen ausfüllen, der nach geeigneten Rekruten abfragt

und diese verpflichtend zu einem Musterungstermin einlädt.

Ergänzen sollen die Indoktrinationsversuche speziell ausgebildete Jugendoffiziere, Unterrichtsmaterialien mit dem Ziel, friedenspolitische Inhalte in „sicherheitspolitische“ Bildung umzuwandeln und die Propaganda in den — vor allem in den „sozialen“ — Medien und mit Werbekampagnen im gesellschaftlichen Leben begleiten.

Wie stark die Werbung der Bundeswehr auf Jugendliche wirkt, zeigt sich spätestens dann, wenn die jungen Menschen die Bundeswehr trotz Vertrags wieder verlassen wollen. Der rüde Umgangston und der alltägliche Militärdienst belasten sie enorm und können zu schweren psychischen Problemen führen kann.

Vereinte Nationen kritisieren die Bundesregierung wegen der gezielten Rekrutierung Minderjähriger

Die Vereinten Nationen kritisieren die Bundesregierung immer wieder wegen der gezielten Rekrutierung Minderjähriger und fordern sie schon seit 2008 auf, das Mindestalter für die Bundeswehr auf 18 Jahre zu erhöhen, so wie es 150 andere Länder bereits getan haben. Obwohl Deutschland die UN-Kinderrechtskonvention ratifiziert hat, plant die Bundesregierung hier keine Änderungen. Sie verweist immer wieder auf eine Ausnahmeregelung für staatliche Armeen in einem Zusatzprotokoll der UN-Kinderrechtskonvention. Diese wäre nur zulässig, wenn alle Kinderrechte der Konvention eingehalten werden könnten. Dass dies bei der Bundeswehr nicht der Fall ist, wurde vielfach belegt und wird durch die neuen Daten wieder bestätigt.

Die Haltung der Bundesregierung ist völlig rückständig, denn nur

noch wenige Staaten weltweit nutzen die Ausnahmeregelung, mehr als drei viertel aller Staaten rekrutieren Soldaten frühestens, wenn sie volljährig sind.

Junge Menschen werden skrupellos ausgenutzt

Die massive Anwerbekampagne der Bundeswehr und die angekündigte, teilweise Reaktivierung der Wehrpflicht sind wichtige Maßnahmen der aktuellen Militarisierung der Gesellschaft.

> ***Während man an der Bildung junger Menschen offenbar hemmungslos sparen kann, sind sie für Kriegseinsätze und Aufrüstungsbestrebungen anscheinend gut genug.***

Der direkte Einfluss der Bundeswehr auf den Unterricht verschlechtert nachhaltig die konkreten Bildungsbedingungen. Das Versprechen einer allseitigen Bildung, die jeden jungen Menschen zur kritischen Auseinandersetzung mit den herrschenden Zuständen befähigen sollte, wird angegriffen. Die Zukunftsängste der Jugend vor Krieg, schlechten Ausbildungsbedingungen, sinkenden Reallöhnen, Ausgrenzung, Abstieg und Wirtschaftskrisen nutzt die Bundeswehr schamlos aus. Sie stellt sichere und Abenteuer bietende Arbeitsplätze in Aussicht.

In der Wirklichkeit marschieren die jungen Menschen für die Interessen der Unternehmen in den Krieg. Sie sollen wieder „dienen lernen“, dabei dienen sie lediglich als Kanonenfutter.

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Beitrag erschien zuerst unter

dem Titel „**Die Bundeswehr und ihre Kindersoldaten** (https://gewerkschaftsforum.de/die-bundeswehr-und-ihre-kindersoldaten-2/#more-22251)“ beim ***Gewerkschaftsforum*** (*https://gewerkschaftsforum.de*).

Das **Gewerkschaftsforum** ist ein Internetjournal, das sich vorrangig mit gewerkschaftlichen Themen, aber auch mit sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen kritisch auseinandersetzt. Es wurde Ende 2013 von Gewerkschaftsaktivisten in Dortmund gegründet und möchte auf die Interessen der Mächtigen aufmerksam machen, den gewerkschaftlichen Kampf der Beschäftigten begleiten und den immer leiser gewordenen erwerbslosen und armen Menschen eine Stimme geben. Weitere Informationen unter **gewerkschaftsforum.de** (https://gewerkschaftsforum.de).